Deutscher Bundestag **Drucksache 19/221**

19. Wahlperiode 11.12.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 19/22, 19/176 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundeswehr ist an vier Militärmissionen im Mittelmeer beteiligt. Die älteste Mission, die NATO-Operation Active Endeavour (OAE) wurde vor einem Jahr durch SEA GUARDIAN mit erweitertem Mandat abgelöst. Das Einsatz-Mandat wurde dabei sowohl räumlich als auch thematisch äußerst breit gefasst. Das Mandatsgebiet umfasst das gesamte Mittelmeer plus die Zugänge und, das Einverständnis der Anrainer vorausgesetzt, die Territorialgewässer, außerdem den dazugehörigen Luftraum.
2. SEA GUARDIAN soll den Seeraum überwachen und damit Waffen- und Menschenschmuggel und Terrorismus, einschließlich den Islamischen Staat, eindämmen. Schon ein Blick auf die Vorgängemission zeigt, dass dies zum Scheitern verurteilt ist. OAE war ursprünglich als Reaktion auf die Anschläge am 11. September 2001 in New York unter Berufung auf den NATO-Bündnisfall eingerichtet worden und sollte ebenfalls der Terrorbekämpfung dienen. Im Rahmen von OAE wurden in 14 Jahren über 129.000 Schiffsfahrten überwacht und 172 Schiffe kontrolliert, allerdings wurde keine einzige Ladung illegaler Waffen beschlagnahmt und kein einziger Terrorist verhaftet.
3. SEA GUARDIAN ist ebensowenig wie OAE ein wirkungsvoller Beitrag zur Bekämpfung von Terrorismus. SEA GUARDIAN ist vielmehr der Versuch der NATO, die militärische Kontrolle über den gesamten Schiffsverkehr im Mittelmeer auszubauen. Über die Fläche des gesamten Mittelmeeres unterhält die

NATO ein Netz von über 8000 Horchposten, die dazu dienen, alle Schiffsbewegungen im Mittelmeer zu registrieren und auszuwerten. Gleichzeitig leistet die NATO der EU damit Schützenhilfe, um die Migration über das Mittelmeer zu unterdrücken.

4. Die Europäische Union (EU) und die NATO verstehen das Mittelmeer als Südflanke des gemeinsamen transatlantischen Raumes und koordinieren zunehmend Überwachung und Kontrolle. Mit SEA GUARDIAN wird die EU-NATO-Kooperation weiter verstärkt. SEA GUARDIAN soll mit der EU-Mission EUNAVFOR MED und der EU-Grenzschutzagentur Frontex kooperieren. Durch die Kooperation von SEA GUARDIAN mit EUNAVFOR MED ist die NATO nicht nur an der Kontrolle von Flucht- und Handelswegen im Mittelmeer beteiligt, sondern militärisch vor der libyschen Küste involviert. Die Einrichtung von SEA GUARDIAN war somit ein weiterer Schritt zu einer gefährlichen und konflikteskalierenden Militarisierung des Mittelmeers, die nicht zuletzt auch als Bedrohung für die Flüchtenden aus Afrika ein wachsendes Problem darstellt. Parallel zur Aufrüstung im Mittelmeer steigt die Zahl derer, die auf den immer gefährlicheren Überfahrt-Routen nach Europa ihr Leben lassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bundeswehr aus der Beteiligung an der Operation SEA GUARDIAN zurückzuziehen,
2. in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die militärische Kooperation mit der NATO im Mittelmeer beendet wird,
3. in der NATO darauf hinzuwirken, dass die Operation SEA GUARDIAN beendet wird, und
4. in der EU darauf hinzuwirken, dass EUNAVFOR MED durch eine zivile Seenotrettung ersetzt wird.

Berlin, den 11. Dezember 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.